

## A23 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Unsere Zuhause: ein weltoffenes Europa)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Die Europäische Union ist eine historisch einzigartige Errungenschaft, ein  
2 Friedensprojekt, das Stück für Stück von Europäer\*innen erkämpft wurde: Aus  
3 verfeindeten Nationen wurden Partner\*innen. Im geeinten und solidarischen Europa  
4 liegt Thüringens Zukunft. Immer deutlicher wird auch, dass wir Europäer\*innen  
5 für unsere demokratischen und menschenrechtlichen Werte sowie berechnete  
6 Interessen, etwa im Kampf gegen den Klimawandel, nur gemeinsam international  
7 erfolgreich eintreten können. Thüringen soll deshalb in den kommenden Jahren für  
8 ein stärkeres, demokratischeres und sozialeres Europa streiten. Die  
9 Herausforderungen unserer Zeit wollen wir so gemeinsam lösen.

10 Im Sinne der europäischen Idee wollen wir die bestehenden europäischen  
11 Regionalpartnerschaften Thüringens nutzen und eine weitere mit einer Region in  
12 Europas Süden entwickeln. Wir wollen durch diese Partnerschaften mit und von  
13 unseren Nachbarn lernen: wie wir gemeinsam den Europäischen Green Deal  
14 voranbringen, wie wir Digitalisierung im Interesse der Bürger\*innen gestalten,  
15 wie wir Solidarität üben und uns gemeinsam gegen Nationalismus wehren. Das  
16 wollen wir in Thüringen jährlich in der Europawoche im Mai landesweit zum Thema  
17 machen. Der Landtag soll künftig auch in jährlichen Europadebatten die  
18 europapolitische Arbeit bilanzieren und jeweils neue Vorhaben beraten. Die  
19 Zukunft der EU ist zwar durchaus bedroht – durch Populismus, Nationalismus,  
20 Egoismus, doch wir BÜNDNISGRÜNE sind und bleiben überzeugte Europäer\*innen. Wir  
21 setzen auf eine Politik, die europäische Solidarität zum Kompass hat – denn die  
22 nutzt den Menschen in allen Mitgliedstaaten und ganz gewiss uns hier in  
23 Thüringen.

#### 24 Demokratie in Europa

25 Wir wollen Thüringens Gewicht in die Waagschale werfen, um die Europäische Union  
26 transparenter, demokratischer und bürger\*innennäher zu machen. Das gilt für die  
27 Mitwirkung des Landtags an europäischer Gesetzgebung. Es gilt für Thüringens  
28 Abgeordnete im Europäischen Parlament, das ein eigenes vollwertiges  
29 Initiativrecht für europäische Gesetzgebungen erhalten soll. Es gilt für  
30 regelmäßige Präsenz von Landesregierung und Landtag in Brüssel und unser  
31 Mitwirken im Ausschuss der Regionen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die  
32 Europäische Bürgerinitiative (EBI) als Instrument der direkten  
33 Bürger\*innenbeteiligung gestärkt und entbürokratisiert wird. Unionsbürger\*innen  
34 sollen an ihrem ständigen Wohnsitz das allgemeine Wahlrecht ausüben können. Wir  
35 wollen die Europakompetenz der Verwaltung in Thüringen stärken und die EU-  
36 Beratungsstellen ausbauen.

#### 37 Europäische Fördermittel für Thüringen

38 Förderung durch die Europäischen Strukturfonds dient der Angleichung der  
39 Lebensverhältnisse in Europa. Davon hat Thüringen in den vergangenen Dekaden  
40 erheblich profitiert. Bei der Weiterentwicklung der EU-Förderpolitik soll sich  
41 Thüringen für das Leitbild nachhaltiger Entwicklung und für ambitionierte  
42 Klimaschutzziele der Europäischen Union einsetzen. Die Förderung regionaler  
43 Wirtschaftskreisläufe, der Schutz der Umwelt, eine sich an den Menschen

44 orientierende digitale Innovation und der soziale Zusammenhalt gehören in das  
45 Zentrum der Förderpolitik. Insgesamt muss der Verwaltungsaufwand der EU-  
46 Förderprogramme, besonders für Kleinprojekte, erheblich reduziert werden. Wir  
47 wollen mit vom Land finanzierten Europalotsen in jeder der vier Thüringer  
48 Regionen als zentralen Anlaufstellen für Anliegen aus der Bürgerschaft und aus  
49 der Wirtschaft in Thüringen dazu beitragen, dass Europa näher rückt.

#### 50 Europa der Bürger\*innen

51 Das Herz der Europäischen Union schlägt nur dann kräftig, wenn sich Bürgerinnen  
52 und Bürger aktiv an der Gestaltung Europas beteiligen können. Deshalb wollen wir  
53 uns in Thüringen engagiert an den europaweiten Diskussionen der Konferenz über  
54 die Zukunft Europas beteiligen. Wir wollen auch Städtepartnerschaften dafür  
55 nutzen. Es muss Anliegen des Landes sein, dass die ganze Gesellschaft  
56 einschließlich von Stadt und Land, von großen und kleinen Gemeinden daran  
57 teilhaben kann. Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass das EU-  
58 Programm „Erasmus+“ für den Austausch von Studierenden ausgebaut und die  
59 Austauschangebote für Lehrlinge erweitert werden. Auf Landesebene wollen wir  
60 Informationsangebote zu den Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes für  
61 Studierende und Auszubildende verbessern und über die Chancen des Europäischen  
62 Freiwilligendienstes informieren. Wir unterstützen die annähernd 30  
63 Europaschulen in Thüringen, werben um weitere und wollen durch spezielle  
64 Angebote des Landes dazu beitragen, dass möglichst viele Schülerinnen und  
65 Schüler die europäische Dimension in ihrer Vielfalt kennenlernen können.

#### 66 Bürger\*innen der einen Welt

67 Als Bürger\*innen der Einen Welt wollen wir in Thüringen Globales Lernen,  
68 nachhaltigen Konsum und Fairen Handelfördern. Das fängt bei den Kleinsten in  
69 Kindergärten und Schulen an. Hier werden wichtige Grundsteine gelegt – für  
70 Weltverstehen, Gerechtigkeitsempfinden und den respektvollen Umgang mit Vielfalt  
71 und den endlichen Ressourcen in einer globalisierten Welt. Wir unterstützen  
72 „Fairtrade-Schulen“ und „Fairtrade-Kitas“ und wollen neue Initiativen ins Leben  
73 rufen, um Nachhaltigkeit für Kinder erlebbar zu machen. Eine-Welt-Arbeit,  
74 kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die Thematisierung von Flucht und  
75 Migration im Rahmen von Städtepartnerschaften sollen die Entwicklungspolitik in  
76 Thüringen stärken.

77 Handelsabkommen und Investitionsabkommen müssen menschenrechtliche und  
78 ökologische Standards ebenso einhalten wie, die Rechte von Arbeitnehmer\*innen  
79 und den Schutz der Verbraucher\*innen. Sonderklagerechte für Konzerne. Lehnen wir  
80 ab. Handel muss sich daran messen lassen, was er zur weltweiten ökologisch-  
81 sozialen Transformation beiträgt. Wir lehnen aus diesen Gründen aktuell das  
82 Mercosur-Abkommen und das Investitionsabkommen mit China in der vorliegenden  
83 Form ab.

#### 84 Koloniale Vergangenheit

85 Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus sowie die stets neue  
86 Vergewisserung über die daraus zu ziehenden Konsequenzen gehören für alle Zeiten  
87 zur gesellschaftlichen Kernaufgabe der deutschen Kulturpolitik. Wir wollen  
88 darüber hinaus aber auch den Blick für die europäische, insbesondere die  
89 deutsche Kolonialgeschichte schärfen. Diese prägt bis heute das  
90 Selbstverständnis unserer mehrheitlich weißen Gesellschaft und unseren Blick auf

91 die Welt. Wir wollen daher die weitreichenden Auswirkungen dieser Zeit ins  
92 Bewusstsein rücken. Die Kolonialgeschichte muss ein integraler Bestandteil des  
93 Lehrplans an Thüringer Schulen sein.

94 Darüber hinaus zählt zur Aufarbeitung für uns GRÜNE auch die Förderung von  
95 künstlerischen und nichtkünstlerischen Projekten zur Zeitgeschichte. Auch  
96 Thüringen hat zum Beispiel mit der NS-Rasseforschung an der Universität Jena  
97 oder der „Kolonial- und Völkerschau“ in Johannistal bei Eisenach ein schweres  
98 historisches Erbe. Dies muss wissenschaftlich und in der künstlerischen Praxis  
99 aufgearbeitet werden. In den nächsten Jahren muss im Rahmen der  
100 Provenienzforschung zudem ein Schwerpunkt von Kulturpolitik sein, dass die  
101 ehemaligen Kolonialstaaten das Unrecht der kolonialen Ausbeutung, das sich zum  
102 Beispiel auch im Raub von Kulturgütern dokumentiert, anerkennen und darüber eine  
103 selbstkritische Auseinandersetzung auf Augenhöhe mit den Staaten führen, die  
104 ihrer Schätze beraubt wurden. Zu einer Aufarbeitung der Kolonialgeschichte  
105 gehört die Anerkennung des Völkermordes an den Herero und Nama. Wir werden die  
106 Bundesregierung auffordern, hier ihrer Verantwortung nachzukommen. Gräuelt in der  
107 Geschichte können nicht totgeschwiegen werden. Straßennamen und öffentliche  
108 Orte, deren Namen den deutschen Kolonialismus verharmlosen oder Menschen  
109 würdigen, die mit Verbrechen im Kolonialismus in Verbindung stehen, sollen  
110 partizipativ umbenannt werden. Hierfür soll die Landesregierung mit Expertise  
111 zur Seite stehen und einen Fonds einrichten, der die Kommunen bei Umbenennungen  
112 unterstützt.